

Beschluss: Vergiftung Nawalnys muss spürbare Konsequenzen für Verantwortliche haben – Personenbezogenen Sanktionsmechanismus nach dem Vorbild des "Magnitsky Act" einführen

Am 22. August 2020 wurde Russlands bekanntester Oppositionspolitiker und Kreml-Kritiker Alexej Nawalny vergiftet und brach auf einer Flugreise zusammen. Nachdem russische Behörden zunächst tagelange eine Verlegung Nawalnys von Omsk nach Deutschland vehement zu verhindern versuchten, stimmte der Kreml schlussendlich einer Verlegung zu und es gelang, Nawalny in die Berliner Charité bringen zu lassen. Am 2. September 2020 bestätigte ein Speziallabor der Bundeswehr dann, was viele Experten bereits vermutet hatten: Alexej Nawalny wurde mit dem Nervengift aus der Gruppe Nowitschok vergiftet. Hierbei handelt es sich um einen hochpotenten binären chemischen Kampfstoff. Experten sind sich weithin einig, dass Personen in Russland nicht in den Besitz solcher Kampfstoffe kommen können, ohne dass der Kreml darüber Kenntnis erlangt oder selbst die Hand im Spiel hat. Umso wichtiger ist es, dass es nach der Vergiftung von Alexej Nawalny kein einfaches "Weiter so" in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Russland gibt. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass insbesondere autokratische Staaten, wie Russland, die internationale Gemeinschaft vorführen und zulassen, dass geltendes Völkerrecht – unter anderem die Chemiewaffenkonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention – durch den Einsatz chemischer Waffen gebrochen wird.

- Wir Freie Demokraten fordern deshalb eine lückenlose Aufklärung des Anschlags auf Nawalny und erwarten, dass die russische Regierung unabhängige, umfassende und transparente Ermittlungen gewährleistet.

Insgesamt sieht sich die internationale Gemeinschaft mit der wachsenden Herausforderung konfrontiert, dass trotz glaubwürdiger Beweise auch schwerwiegendste Menschenrechtsverstöße wie Folter und Misshandlungen viel zu häufig ungeahndet bleiben. Die Verantwortlichen werden nicht zur Rechenschaft gezogen. Um dieses Problem anzugehen und gegen Straflosigkeit bei Menschenrechtsverstößen weltweit gezielter vorgehen zu können, wird auf EU- und Bundesebene über die Einführung eines individuellen Sanktionsmechanismus debattiert.

- Wir Freie Demokraten unterstützen diese Bestrebungen und fordern nachdrücklich die Einführung eines zielgerichteten, personenbezogenen Sanktionsregimes auf europäischer und deutscher Ebene ein, der es ermöglicht, Menschen- und Völkerrechtsverletzungen dieser Größenordnung weltweit zu ahnden.

Gleichzeitig ist insbesondere die Bundesregierung in der Pflicht, ein klares Signal an Russland zu senden. Wir Freie Demokraten haben stets betont, dass wir sehr an einem politischen Dialog und enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Russland interessiert

sind. Doch klar ist: Nach der Vergiftung von Alexej Nawalny kann es kein einfaches ‚Weiter so‘ geben.

- Wir Freie Demokraten erwarten von der Bundesregierung, das Projekt Nord Stream 2 ebenfalls auf den Prüfstand zu stellen. Wir fordern deshalb ein sofortiges Moratorium für den Weiterbau des gemeinsamen Pipelineprojekts mit Russland.